
WORT DES SCHRIFTFLEITERS

Christ und Welt

Wer als nachdenklicher Mensch – und Christ zumal – das Zeitgeschehen beobachtet, wird nicht umhin können, hin und wieder Seufzer der Resignation und Frustration von sich zu geben. Religionskriege im Nahen Osten, anschwellende Flüchtlingsströme vorwiegend aus islamischen Ländern nach Europa, ein seit Monaten andauerndes Tauziehen um ein neues Milliardenpaket (mit ungewissem Ausgang, versteht sich) für ein hoffnungslos überschuldetes Griechenland, ganz zu schweigen von Klimaerwärmung und Umweltzerstörung. Das alles zerrt an den Nerven des Bürgers, der sich fragt, ob die Politiker nicht heillos überfordert sind. Statt dass die Politik die Probleme in den Griff bekommt, scheinen diese sich ins Chaotische und Unermessliche zu steigern. Die heute angebotenen Lösungen (Politiker haben ja immer eine Lösung!) werden die Probleme von morgen sein, nur dass sie dann umso heftiger und mächtiger auf uns einstürmen. Wie sich der Christ dazu verhalten soll, ist das Thema meines Beitrags „Glaube und Politik“ in diesem Heft.

Zu diesem Thema passt auch der nachfolgende Aufsatz über Albert Schweitzer, den Rainer Noll aus Anlass des 50-jährigen Todestages des „Urwalddoktors“ verfasste. Der Artikel zeigt einmal mehr auf beeindruckende Weise, wie „unzeitgemäß aktuell“ die Theologie, Ethik und Weltanschauung dieses großen Theologen, Philosophen, Musikers, Arztes und Friedensnobelpreisträgers waren und heute immer noch sind. Bemerkenswert auch, wie sehr sich Schweitzer der christlichen und menschlichen „Wahrhaftigkeit“ sowie der „Ehrfurcht vor dem Leben“ – allem Leben! – verpflichtet wusste. Wohl kaum jemand hat den Konflikt zwischen dem Willen zum Erhalt des eigenen Lebens und der Ehrfurcht vor dem Leben anderer besser herausgearbeitet als Schweitzer. „Nie darf der Einzelne aus der letzten Verantwortung für sein Tun entlassen werden, dessen Notwendigkeit in jedem einzelnen Fall und immer wieder neu nach bestem Wissen und Gewissen zu erwägen ist.“

Erwin Martin setzt seine im letzten Heft begonnene Reihe der literarischen Reminiscenzen zum Ersten Weltkrieg mit einem Beitrag über Ernst Jünger fort, dessen Schilderungen uns erneut deutlich machen, wie unabdingbar es ist, für einen dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt einzutreten. Einen weiteren Krieg auf europäischem Boden darf und soll es nicht geben! Lesenswert auch die Rezensionen über den von Werner Zager herausgegebenen Briefwechsel zwischen Rudolf Bultmann und Günther Bornkamm, über Helmut Fischers neues Buch über die Wahrheit sowie über ein weiteres Werk zum christlich-islamischen Dialog, besprochen von Wolfgang Pfüller. □

Kurt Bangert

GLAUBE UND POLITIK

Zum Verhältnis der Christen zu Gesellschaftsproblemen

Wieviel Politik verträgt der Glaube? Und wieviel Glaube verträgt die Politik? Kann man überhaupt gläubig sein, ohne politisch zu werden und sich in gesellschaftspolitische Angelegenheiten einzumischen? Und kann man sich politisch engagieren, ohne an bestimmte – meist von der vorherrschenden Religion beeinflusste – menschliche Werte und soziale Ziele zu glauben?

Der *Bund für Freies Christentum* und sein Organ, die Ihnen vorliegende Zeitschrift *Freies Christentum*, zeichnen sich nicht unbedingt dadurch aus, dass sie besonders politisch wären oder unentwegt politische beziehungsweise gesellschaftliche Themen behandeln würden. Die Zeitungen und Medien sind ohnehin voll davon, sodass sich diese Schriftenreihe getrost auf theologische Fragen konzentrieren darf. Außerdem ist die Politik ein unberechenbares Minenfeld, das zu betreten stets die Gefahr mit sich bringt, mit explosiven Reaktionen konfrontiert zu werden, gleich wohin man auch tritt. Man scheint also gut beraten, sich nicht auf dieses unsichere Terrain zu begeben und darin umzukommen.

Doch weil wir allesamt Bürger dieses Landes und Mitbewohner unseres Kontinents und unseres blauen Planeten sind, lassen uns viele Geschehnisse der Zeitgeschichte gerade als nachdenkliche Christen nicht unberührt. Zuweilen glauben wir gute Gründe zu haben, uns über politische und gesellschaftliche Missstände ereifern und entrüsten zu müssen. Ob Hunger und Armut in vielen Teilen der Welt, ob Bedrohung durch Klimaerwärmung und Atomstrom, ob die grausame Kriegsführung in der islamischen Welt oder das Kriegsgeschrei in der Ukraine, ob dramatisch anwachsende Flüchtlingsströme, die über Land oder Meer zu uns drängen, ob Terroranschläge verrückter Fanatiker oder Amokläufe verirrter Jugendlicher, ob von Menschen verursachte Flugzeugabstürze, ob Griechenlandkrise oder Eurokrise – wie oft stehen wir als einfache Bürger ratlos und machtlos vor den Ereignissen, die uns die Medien mit bewegten Bildern frei Haus liefern. Wir wollen vieles eigentlich nicht mehr sehen und schauen dennoch unentwegt hin. Wir wollen uns schützen, uns nicht von allen Problemen vereinnahmen lassen, wissen wir doch, dass wir ohnehin nicht die ganze Welt retten können; und doch kommen die Probleme manchmal so hautnah an uns heran, dass uns Sorgen und Ängste beschleichen: Sorgen um unseren Wohlstand, Sorgen um die

zukünftigen Generationen, Sorgen um die Zukunft der Menschheit und um das Wohl der gesamten Schöpfung, die uns doch – wenn wir die Genesis-Erzählung ernst nehmen – zu guter Haushalterschaft anvertraut wurde.

Gerade, da ich dies schreibe, hat der Bundestag ein drittes Hilfspaket für das hoffnungslos überschuldete Griechenland verabschiedet. Ausgerechnet in der Christlichen Union gab es viele Stimmen, die aus Gewissensgründen diesem Milliardenprogramm nicht zustimmen wollten. Selbst die Befürworter mussten ihre Bedenken, die sie durchaus hatten, beiseitelassen, um das Paket durchzuwinken. Die Sorgen bleiben: Wird Griechenland die Vereinbarungen erfüllen? Wird es einen Kurs einschlagen, der es auf Dauer im Euroraum hält? Oder wird man am Ende doch wieder die Drachme einführen müssen – um den Preis einer verarmten griechischen Bevölkerung, eines geschwächten Euros und eines gefährdeten Europas? Wird der Euro die europäischen Ungleichgewichte verstärken und die europäische Solidarität und Einheit mittel- und langfristig untergraben? Wird die Idee eines geeinten Europas weiterhin Bestand haben? Wird Europa näher zusammenrücken – Stichwort: europäische „Wirtschaftsregierung“ – oder auseinanderdriften, wenn nationale (und nationalistische) Zentrifugalkräfte an Momentum gewinnen?

Just an demselben Tag wird bekannt, dass die jährlichen Asylanträge hierzulande sich gegenüber dem Vorjahr von 200.000 auf 800.000 vervierfachen werden. Man fragt sich: Wird Europa angesichts der nicht enden wollenden Flüchtlingsströme seinen Charakter als soziale Marktwirtschaft und Wohlstandsgemeinschaft halten können? Oder werden unsere sozialen Sicherungs- und Rentensysteme immer mehr unterminiert werden? Wird sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern? Wer wird am Ende obsiegen: die sozial(verträglich)e Marktwirtschaft oder der neoliberale Turbokapitalismus, der nur auf Rendite setzt und keine Rücksicht auf das abgehängte Prekariat oder den kleinen Steuerzahler nimmt, der am Ende meist die Zeche der von selbstverliebten Spekulanten verursachten Bankenkrise zu zahlen hat? Werden wir unser westlich-demokratisches Wertesystem bewahren können? Oder wird es angesichts zunehmender wirtschaftlicher Not in Europa eine Demokratiemüdigkeit geben und sich in der Folge Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Neo-Nationalismus wieder breitmachen? Wir fragen: In welcher Welt wollen wir leben und können wir leben?

Und sollen solcherlei Fragen gar nichts mit unserem Glauben zu tun haben – mit dem Glauben an das Gute, dem Glauben an Gerechtigkeit und Solidarität, dem Glauben an eine bessere Welt, an ein „Reich Gottes“, für das zu arbeiten gerade wir Christen uns berufen wissen? Der Glaube, zu dem uns die Bibel ermutigt, hat selbstverständlich sehr viel mit der Welt, in der wir leben, mit der Gesellschaft, zu der wir gehören, mit unseren Mitmenschen und Zeitgenossen

zu tun, gerade auch mit denen, die – wie viele Menschen in Griechenland und anderswo – an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden; er hat auch viel mit jenen Syrern, Irakern, Afghanen und Eritreern zu tun, die aus ihren weithin gescheiterten Staaten (*failed states*) zu entfliehen suchen – viele verzweifelt, manche berechnend, alle auf bessere Zeiten hoffend. Der Glaube, von dem die Schrift spricht, bezieht sich auf das Heil des Einzelnen ebenso wie auf das Wohl der Gesellschaft als Ganzes. Die alttestamentliche Gottesoffenbarung hatte nicht nur mit der Anbetung Jahwes zu tun, der das Volk Israel aus der Gefangenschaft und dem Sklavendienst befreite, sondern vor allem mit dem Verhältnis der Menschen zu ihren Mitmenschen. Auch bei der Botschaft Jesu, sonderlich seiner Bergpredigt, ging es um das Verhältnis zu unseren in Not geratenen Nachbarn, den Armen, Unterdrückten, Behinderten, Fliehenden und Gefangenen. Es ging um nichts anderes als um Menschlichkeit, Mitmenschlichkeit und darum auch und vor allem: um Gerechtigkeit.

Der Gott der Bibel ist ein Gott der Gerechtigkeit: „Und dies wird sein Name sein, mit dem man ihn nennen wird: ‚Der Herr unsere Gerechtigkeit‘.“ (Jer 23,6) „Gerechtigkeit wird der Gurt seiner Lenden sein und die Treue der Gurt seiner Hüften.“ (Jes 11,4 f.) Stellt man die Frage, worum es in der Bibel eigentlich geht, so kann die Antwort nur lauten: um nichts anderes als um „Gerechtigkeit“. Einige Hilfswerke haben vor einiger Zeit eine „Gerechtigkeits-Bibel“ herausgebracht, in der alle Bibelverse farbig markiert wurden, die mit Armut und Gerechtigkeit zu tun haben. Es finden sich nur wenige Seiten, die nicht markiert sind. „Armut“ und „Gerechtigkeit“ sind Schlüsselbegriffe der Schrift, weshalb die Bibel, auch wenn sie historisch-kritisch ausgelegt wird, immer noch aktuell und zeitgemäß bleibt.

Sinn und Zweck der *Tora*, des alttestamentlichen „Gesetzes“, war es, den Umgang und das Miteinander der Menschen untereinander zu regeln. Beim Glauben an den alttestamentlichen Gott Jahwe ging es nicht in erster Linie darum, einem nationalistisch-parteiischen Gott zu huldigen, sondern darum, eine Gesellschaft zu etablieren und zu organisieren, die von Recht, Gesetz und Gerechtigkeit geprägt sein würde. Denn gerade ein Volk auf der Flucht bedurfte und bedarf (damals wie heute) nichts so sehr wie Ordnung, Sicherheit, Solidarität, Recht und Gerechtigkeit. Wer die Bibel vor allem als Aufforderung versteht, den eigenen Gott vor allen anderen Göttern zu propagieren, der dürfte sie gründlich missverstanden haben. Wer sie aber als Auftrag an uns Menschen begreift, Gerechtigkeit zu schaffen und einen Rechtsstaat zu verwirklichen, der die menschliche Würde achtet, der hat sie recht verstanden. Ein Glaube, der nicht Gerechtigkeit (und Barmherzigkeit!) anstrebt – und das heißt doch: „Einer trage des andern Last“ –, kann der wahre Glaube nicht sein. Aus

gesellschaftspolitischer Sicht wird man es deshalb mit dem Jakobusbrief halten dürfen: „Hat nicht Gott erwählt die Armen in der Welt [...]? Ihr aber habt dem Armen Unehre angetan. [...] Denn es wird ein unbarmherziges Gericht über den ergehen, der nicht Barmherzigkeit getan hat; Barmherzigkeit aber triumphiert über das Gericht. Was hilft's, liebe Brüder, wenn jemand sagt, er habe Glauben, und hat doch keine Werke?“ (Jak 2,5 f. 13 f.).

Der Glaube hat also viel mit der gerechten und sozialverträglichen Gestaltung einer Gesellschaft zu tun. Aber doch nicht in dem Sinne, dass die Kirchen – oder andere Religionen – sich anmaßen dürften, die Welt gewaltsam zu verändern – wie dies muslimische Fundamentalisten zuweilen gerne täten. Die Zeiten sind, Gott sei dank!, vorbei, da die Kirche – unter dem Vorwand, eine „Gottesherrschaft“ zu errichten – übergroßen Machteinfluss auf die Staaten Europas ausübte. Vorbei sind aber auch die Tage, jedenfalls in Europa, als der Staatsapparat – unter dem Vorwand, die Staatsreligion oder die Staatsraison zu verteidigen – Religions- und Redefreiheit von Andersdenkenden und Minderheiten einschränkte und unterdrückte. Wie oft haben zudem machtbesessene Diktatoren die Religionen für ihre Zwecke instrumentalisiert! Und wie oft haben sich Kirchen und andere Religionen von ihren Regierungen bereitwillig (und zuweilen aus der Not heraus) instrumentalisieren lassen! Inzwischen gilt aus guten Gründen die Trennung von Staat und Kirche. Und wir dürfen heute sagen, was wir wollen, und glauben, was wir wollen. Doch nicht in allen Ländern ist das so. Andernfalls kämen nicht so viele Flüchtlinge und Migranten nach Europa, die nicht nur unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften, sondern auch unsere Freiheiten zu schätzen wissen.

Neben der Herrschaft der Religion über den Staat und der Vormachtstellung des Staates über die Religion gibt es noch einen dritten Weg, sich in ein Verhältnis zum Staat zu setzen: den der Abkehr von der Politik, der Nichteinmischung, der Indifferenz, der Absonderung. Diesen Weg beschritten in der Vergangenheit weniger die Volkskirchen als vielmehr die Sekten und „freien“ Kirchen, die nicht als Massenbewegungen, sondern als Bekenntnisgemeinden auftraten, die sich nicht als Teil des Staates verstanden, sondern als öffentlichkeitsscheue Sondergemeinschaften am Rand der Gesellschaft zu behaupten suchten. Der bewusste Verzicht auf Macht und politische Einflussnahme ging einher mit dem exklusiven Bewusstsein, die reine Wahrheit gepachtet zu haben und eine schriftgemäße Lebensführung für sich zu beanspruchen. Dass die Sekten den Staat und auch die Volkskirchen durch ihre Absonderung und Exklusivität hin und wieder irritierten und herausforderten, was nicht zuletzt zur Verfolgung führte, muss nicht verschwiegen werden. Sie waren weder Salz in der Suppe der Gesellschaft noch Lichter, an denen sich Politiker orientieren konnten. Die Nichteinmischung wur-

de zum Programm erhoben. Leitlinien für eine christlich verantwortbare Politik boten sie eher selten. Die Konzentration auf die persönliche Frömmigkeit und Vorbereitung auf die ewige Seligkeit schien sie der Verpflichtung zu entheben, sich am Bauprojekt einer gerechten Gesellschaft und einer guten Regierungsführung beteiligen zu sollen.

Darum: Nicht obigen drei Irrwegen gilt es zu folgen, sondern vielmehr einem vierten Weg, dem der Mitgestaltung der Gesellschaft und des Staates. Der christliche Glaube basiert auf der Prämisse, dass Gott „in die Welt“ gekommen ist und immer wieder neu „in die Welt“ kommen muss, um wirksam zu sein und als Gott wahrgenommen zu werden. Ein bloß im „Jenseits“ thronender Gott, der nicht als Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Liebe in die Welt kommt, ist ein Gott, auf den wir gerne verzichten können. Gott ist für uns nur Gott, *weil* und *wenn* er sich in unserer Welt verwirklicht. Deshalb muss es darum gehen, sich am Aufbau der „Gottesherrschaft“ zu beteiligen und des Landes und „der Stadt Bestes“ zu suchen (Jer 29,7). Das bedeutet konkret, dass Politiker, die sich „Christen“ nennen, in erster Linie dem Mandat der Gerechtigkeit verpflichtet sind; es bedeutet auch, dass Christen sich jederzeit politisch engagieren dürfen und sollen – auf der kommunalen Ebene ebenso wie auf Landesebene, dass sie sich für ein vereintes und gerechtes Europa ebenso einsetzen dürfen wie auch für eine gerechtere und friedlichere Welt, eine Welt, die nicht länger dem Diktat des uneingeschränkten Wachstums und der Kapitalvermehrung ausgeliefert ist; und dass sie ihre Stimme überall dort erheben, wo immer es an Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Barmherzigkeit mangelt.

Als Jesus dem römischen Statthalter entgegnete: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, verzichtete er gegenüber Pilatus zwar auf jeden politischen Machtanspruch, nicht jedoch darauf, Einfluss nehmen zu wollen auf eine gerechtere, friedlichere, freiheitlichere und menschlichere Gesellschaft, an deren Bau auch die Nachfolger Jesu mitwirken sollten. Wer sich heute Christ nennt, verpflichtet sich zur Mitwirkung an dieser gerechten Gesellschaft, an dieser „Gottesherrschaft“. Dieses „Reich Gottes“ ist eine Gesellschaftsform, in der Menschen sich ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion oder Herkunft gegenseitig respektieren und wertschätzen, in der sie in Freiheit und Würde leben und ihr Leben sinnvoll gestalten können, ohne ausgebeutet oder diskriminiert zu werden. Es ist ein „Reich“, in dem die Menschen ihre Konflikte – die es immer geben wird – friedlich lösen und deshalb zu Verständigung, Versöhnung und Frieden finden. In diesem Reich regiert Gott nicht mit militärischer Gewalt, sondern mit Hilfe des Einsatzes von Menschen, die an Gerechtigkeit glauben und dafür mit allen ihnen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln zu kämpfen bereit sind. □